

Presseverlautbarung

Wir müssen zusammenhalten, um uns dem kolonialistischen Projekt der USA zu widersetzen, das unter dem Vorwand von Handelsabkommen vorangetrieben wird

(Übersetzt)

Hizb ut-Tahrir / wilāya Bangladesch organisierte heute, am Freitag (6. März 2026), nach dem Freitagsgebet mehrere Protestkundgebungen auf dem Gelände verschiedener Moscheen in Dhaka und Chittagong. Die Demonstrationen richteten sich gegen das amerikanische koloniale Projekt, das unter dem Deckmantel von Handelsabkommen vorangetrieben wird.

Redner auf den Kundgebungen äußerten große Besorgnis über die strategische Zukunft des Landes im Zusammenhang mit dem Besuch des US-amerikanischen Staatssekretärs Paul Kapur in Dhaka. Dieser hochrangige Besuch, der weniger als einen Monat nach den nationalen Parlamentswahlen stattfindet, wird als Höhepunkt intensiver amerikanischer Einflussnahme gewertet, mit dem Ziel, zwei umstrittene Verteidigungsabkommen zügig voranzubringen: das „General Security of Military Information Agreement“ (GSOMIA) sowie das „Acquisition and Cross-Servicing Agreement“ (ACSA). Den Besuch ausschließlich aus einer wirtschaftlichen oder handelspolitischen Perspektive darzustellen, ist entweder offenkundige Heuchelei oder Naivität.

Die Redner erklärten zudem: Der jüngste Brief von Donald Trump an Premierminister Tarique Rahman, in dem „entschlossenes Handeln“ in Bezug auf angeblich „routinehafte“ Verteidigungsabkommen gefordert wird, verschleiert die ernste Gefahr, die diese Abkommen für die Souveränität Bangladeschs darstellt. Das GSOMIA wird unsere militärischen Einrichtungen ausländischer Kontrolle unterwerfen, während ACSA unser Staatsgebiet faktisch in eine inoffizielle amerikanische Garnison verwandeln könnte – und durch die Abhängigkeit von US-Waffensystemen eine strategische Bindung schaffen.

Sein Besuch dient ausdrücklich dazu, die neue BNP-Regierung unter Druck zu setzen, diese Abkommen umgehend abzuschließen und keinen Raum für sorgfältige Beratungen zu lassen. Dieser militärische Vorstoß folgt auf ein verhängnisvolles Handelsabkommen vom 9. Februar, das wenige Tage vor den Wahlen unter Geheimhaltung hastig verabschiedet wurde und Bangladesch mit belastenden Bedingungen fesselt: Dazu zählen das Verbot digitaler Handelsabkommen, die „US-Interessen untergraben“ könnten, die Möglichkeit für Washington, Vereinbarungen mit nicht-marktwirtschaftlichen Staaten wie China oder Russland aufzukündigen, sowie Verpflichtungen zu Importen von US-Flüssigerdgas, Boeing-Flugzeugen und landwirtschaftlichen Produkten im Umfang von 15 Milliarden US-Dollar. Damit würden die Devisenreserven des Landes faktisch an amerikanische Unternehmensinteressen gebunden, während die Öffentlichkeit durch eine Geheimhaltungsvereinbarung im Unklaren gehalten wird.

Auch der Zeitpunkt und die Reiseroute des Besuchs von Paul Kapur tragen eine eigene Aussagekraft. Seine Ankunft in Dhaka erfolgt im Anschluss an einen Aufenthalt in Neu-Delhi und lässt erkennen, dass Washington beabsichtigt, die Beziehungen zwischen Bangladesch und Indien im Sinne seiner geopolitischen Interessen im Indopazifik neu auszurichten. Dies wirft die gefährliche Perspektive auf, dass Bangladesch erneut zwischen die konkurrierenden Ambitionen der Vereinigten Staaten, Indien und China geraten könnte – und damit eine Wiederholung der Katastrophe der Hasina-Ära droht, in der die Ausrichtung an US-amerikanischen und indischen Interessen auf Kosten der Souveränität unserer Umma verbunden war.

Die Redner wandten sich eindringlich an die BNP-Regierung und erklärten: Die neue Regierung muss erkennen, dass sie nicht zum Sündenbock in Großmachtrivalitäten werden darf, die nicht wir verursacht haben, und muss bei sicherheitspolitischen Gesprächen mit Paul Kapur äußerste Vorsicht walten lassen. Da „Terrorismusbekämpfung“ einen zentralen Punkt seiner Agenda bildet, ist besondere Wachsamkeit geboten: Sicherheitskooperation darf niemals als Vorwand dienen, um islamische Persönlichkeiten und Gelehrte auf ausländische Anweisung hin zu verfolgen. Es gilt, den katastrophalen Fehler des vorherigen Regimes zu vermeiden, der die ehemalige Premierministerin Sheikh Hasina in eine der schlimmsten Tyranninnen Bangladeschs verwandelt hat.

Abschließend erklärten die Redner: Unsere Machthaber müssen den Irrglauben aufgeben, ihr politisches Überleben hänge von der Zustimmung Washingtons ab, denn die Unterstützung der USA ist bekanntermaßen von kurzer Dauer. So hat ein hochrangiger saudischer Vertreter im Kontext des andauernden Konflikts mit Iran offengelegt, dass Washington seine Golfverbündeten – trotz dauerhaft stationierter US-Militärbasen – im Stich gelassen habe, um „Israel“ zu schützen.

Die Geschichte bestätigt dieses Muster: Saddam Hussein, Hosni Mubarak sowie das vorherige Regime in Bangladesch sind allesamt wie „Papiertücher“ weggeworfen worden, nachdem sie amerikanischen Interessen treu gedient hatten. Selbst die Führung des Iran sieht sich nun im Stich gelassen – trotz jahrelanger Ausrichtung an US-strategischen Zielsetzungen. Die Regierung darf sich nicht mehr als Sprachrohr westlicher Hegemonie missbrauchen lassen, die uns einreden will, ein Entrinnen sei unmöglich. Wahre Souveränität erfordert Führungspersönlichkeiten, die Allah (t) und den Vertrauensverlust des Volkes fürchten, nicht den Zorn Washingtons. Deren wichtigste Wählergruppe sind die eigenen Bürger, nicht irgendeine ausländische Botschaft.

﴿وَعَدَ اللَّهُ الَّذِينَ آمَنُوا مِنْكُمْ وَعَمِلُوا الصَّالِحَاتِ لَيَسْتَخْلِفَنَّهُمْ فِي الْأَرْضِ كَمَا اسْتَخْلَفَ الَّذِينَ مِنْ قَبْلِهِمْ﴾

Allah hat denen von euch, die glauben und rechtschaffene Werke tun, verheißen, dass Er sie gewiss zu Statthaltern auf Erden machen wird, so wie Er diejenigen vor ihnen zu Statthaltern machte. (24:55)

Medienbüro von Hizb ut-Tahrir / wilāya Bangladesch